

Transnet-Vertrauenspersonen im Werk Hamburg-Eidelstedt



Norbert Hansen und die Krise der Transnet: Es reicht – ein Kurswechsel ist nötig!

Norbert Hansens Wechsel auf die andere Seite der Front, ins Topmanagement der Bahn, hat dazu geführt, dass wir in großem Umfang mit Mitglieder diskutieren müssen, um sie vom Gewerkschafts Austritt abzuhalten. Die Fragen, die sie stellen, sind völlig berechtigt:

War der Wechsel schon länger verabredet? Trat Hansen deshalb immer wieder als vehementer Verfechter des Börsengangs auf (wie unter anderem auf dem SPD-Parteitag in Hamburg) entgegen der Beschluslage in der Transnet? Solidarisierte er sich deshalb mit dem Bahnvorstand?

Oder ist der Posten als Arbeitsdirektor „nur“ die nachträgliche Belohnung für das politische Durchsetzen der Börsenpläne?

Das Märchen, der Gang an die Börse sei nicht zu verhindern, lässt sich nicht länger aufrechterhalten. Kurt Beck äußerte öffentlich, dass seine SPD nur zustimme, weil Transnet (Hansen) den Börsengang fordert.

Jetzt verteidigt unser ehemaliger Vorsitzender die Ausgliederung von 30 Regionalgesellschaften der Bahn und kündigte heute in den Nachrichten weitere Rationalisierung und Personalabbau an.

Das ist alles Andere als ein „normaler“ Vorgang im Rahmen der sogenannten Mitbestimmung! Das Verhalten und der Kurs von Norbert Hansen haben unsere Gewerkschaft in eine tiefe Krise geführt, inhaltlich wie finanziell und innerhalb des DGB in eine Isolation.

Deshalb fordern wir einen Neuanfang und Kurswechsel. Die Politik des Co-Managements ist gescheitert! Der geschäftsführende Vorstand, der den bisherigen Kurs ausdrücklich gut heißt, muss zurücktreten.

Die Vorgänge um den Wechsel von Norbert Hansen müssen vollständig aufgeklärt werden, dazu sind Basisdialoge und Mitgliederversammlungen nötig.

Jetzt ist es höchste Eisenbahn, für den Beschluss des Transnet-Beirats vom vergangenen November einzutreten: Plan B muss her, die Bahn bleibt beim Bund.

So wie es die Mehrheit unserer Mitglieder und 70% der Bevölkerung wollen.

Es ist Zeit für eine kämpferische Interessenvertretung bei der die Mitglieder Gewicht haben und Basisdialoge nicht vor allem zur Erläuterung der Beschlüsse „von oben“ dienen.

Hamburg, 16.Mai 2008